

# «Kämpfe wie jene um die «New York Times» werden auch die deutschen Medien erreichen»

Schlägt das Journalistenherz links? Allerdings, sagt Christian Hoffmann. Der Professor für Kommunikationsmanagement plädiert im Gespräch mit Marc Felix Serrao dafür, diese Einseitigkeit in weiten Teilen der Branche klar zu benennen und die Folgen zu bedenken

Herr Hoffmann, Sie haben soeben eine Analyse des Journalistenberufs veröffentlicht. Dieser habe einen eindeutigen und relevanten politischen «Linksbias», lautet Ihr Befund. Wie waren die Reaktionen aus der Branche?

Positiv. Manche waren überrascht von den Daten. Bisher hat aber noch niemand die Analyse bestritten.

In der Vergangenheit gab es mitunter heftige Abwehrreaktionen, wenn jemand geschrieben hat, dass die Mehrheit der Journalisten politisch links stehe. Wie erklären Sie sich, dass das in Ihrem Fall bisher nicht passiert ist? Sind Ihre Belege zu zahlreich?

Ich vermute, es liegt an der notwendigen Differenzierung. Wenn wir über politischen Bias sprechen, müssen wir verschiedene Schritte unterscheiden. Da ist, erstens, der Input, also die politischen Haltungen von Journalisten. Das Zweite ist der Output, also die journalistischen Produkte. Und der dritte Schritt ist die Rezeption: Wie werden Journalisten und ihre Produkte vom Publikum wahrgenommen? Ich argumentiere, dass die Datenlage in zwei Schritten – Input und Rezeption – eindeutig ist.

Eine deutliche Mehrheit der Journalisten ist links der Mitte positioniert, und beim Publikum wird diese Haltung durch eine entsprechende asymmetrische Unzufriedenheit gespiegelt. Das heisst, auf der politischen Rechten ist die Unzufriedenheit mit dem massenmedialen Angebot deutlich grösser als links der Mitte. Interessant ist der Output. Da ist die Datenlage nicht so eindeutig.

Es gibt Studien, die einen linken, im Englischen würde man sagen «liberal» Bias zeigen. Aber es gibt auch Analysen, die das nicht feststellen. Diese werden von denjenigen, die einen linken Bias ausschliessen, stets in den Mittelpunkt gestellt, um so die ganze Debatte als Scheindebatte zu disqualifizieren. Da wird dann argumentiert, dass die Ein-



Die Kritik, die Konservative und Liberale in Deutschland am öffentlichrechtlichen Rundfunk äussern, findet der Leipziger Kommunikationswissenschaftler Christian Hoffmann «nachvollziehbar».

OLE SPATA / DPA

drehte sich um die Volontäre der ARD. 57 Prozent von ihnen würden laut einer Umfrage die Grünen wählen und 23 Prozent die Linkspartei. Union und FDP kämen zusammen auf etwa vier Prozent. Haben Sie diese Werte überrascht?

Dass eine Mehrheit der deutschen Journalisten Rot-Rot-Grün präferiert, ist nicht überraschend. Das haben auch frühere Befragungen gezeigt. Aber in dieser Eindeutigkeit ist das schon bemerkenswert, vor allem die starke Verschiebung hin zu den Grünen.

Würde eine Befragung älterer Mitarbeiter der ARD ein signifikant anderes Bild ergeben?

Im Sinne der statistischen Signifikanz wahrscheinlich schon, aber im umgangssprachlichen Sinne vermutlich nicht. Auch unter älteren ARD-Mitarbeitern würde man eine linke Mehrheit feststellen.

In Ihrer Analyse nennen Sie mehrere mögliche Ursachen für den journalistischen Bias, nicht nur im öffentlichrechtlichen Rundfunk. Welche Ursache ist die wichtigste?

Ein zentraler Faktor ist sicher die Akademisierung des Berufsfelds. Akademiker stehen mehrheitlich links der gesellschaftlichen Mitte. Ein weiterer Faktor ist die ökonomische Krise des Journalismus. Für Konservative und Liberale sind materielle Motive bei der Berufswahl wichtiger als für Linke.

Ein weiterer Aspekt ist laut Ihnen die «Kritik an den Mächtigen». Diese passe als journalistische Berufsnorm am ehesten zu einer linken Einstellung. Stimmt das wirklich? Müssten Journalisten nach dieser Norm nicht dort, wo linke Positionen den öffentlichen Raum dominieren, zum Ausgleich konservative oder liberale Standpunkte vertreten?

Was ist Macht, und wo wird sie verortet? Das ist eine Grundfrage unserer Zeit. Ich glaube, die Differenzierung zwischen ökonomischer, politischer und kultureller Macht ist hier sehr wichtig. Wenn die klassische Linke an Macht denkt, handelt es sich in der Regel um ökonomische und politische Macht. In dieser Perspektive ist man kritisch, wenn man grosse Unternehmen und politische Entscheidungsträger kritisiert. Den Faktor kulturelle Macht blendet man dabei gerne aus. Wenn man das nicht tut und Kultureinrichtungen, Universitäten und eben

auch Medien in den Blick nimmt, dann kann man mit Fug und Recht von Machtzentren sprechen, die politisch links der Mitte verortet sind. Und wenn man kritisch gegenüber kultureller Macht sein wollte, dann würde man dies sicher nicht aus einer primär linken Perspektive sein.

Dafür müsste man besagte kulturelle Machtverhältnisse aber erst einmal anerkennen.

Stimmt. Denken Sie an die Debatte über Cancel-Culture. Die politische Linke weigert sich, anzuerkennen, dass dieses Phänomen überhaupt existieren könnte, weil sie die zugrunde liegenden Machtverhältnisse nicht anerkennen will oder kann.

Sollte man bei der Bewertung medialer Machtverhältnisse zwischen öffentlichrechtlichen Rundfunkanstalten und privaten Medien unterscheiden? Für Letztere kann ich Geld ausgeben, Erstere muss ich finanzieren – auch dann, wenn ich einen linken Bias in der Berichterstattung feststelle und ablehne.

Das ist keine empirische, sondern eine normative Frage.

Und wie lautet Ihre Antwort?

Die Kritik, die Konservative und Liberale am öffentlichrechtlichen Rundfunk äussern, ist nachvollziehbar. Ein von allen gemeinsam finanziertes Medienangebot sollte die ganze Breite politischer Ansichten repräsentieren. Und wenn man sich eine Befragung wie die der ARD-Volontäre anschaut, dann stehen die Anstalten vor einer doppelten Herausforderung: Es gibt den Anspruch des Publikums auf eine ausgewogene Berichterstattung, und es gibt Journalisten, die selbst noch einmal links der ohnehin eher linken journalistischen Mitte stehen. Ich glaube auch, dass der deutsche öffentlichrechtliche Rundfunk bei der Adressierung dieses Problems dem europäischen Ausland hinterherhinkt. In Skandinavien oder in Grossbritannien wird beispielsweise sehr intensiv darüber nachgedacht, wie man konservative und liberale Positionen in den Programmen berücksichtigen kann. Diese Debatte findet bei uns bis jetzt nicht statt.

Der Schlüssel für mehr Pluralismus dürfte die Personalauswahl sein, nicht nur bei ARD und ZDF. Christoph Kucklick, der Leiter der Henri-Nannen-Schule in Hamburg, hat Ihre Arbeit be-

reits als «überzeugende Indiziensammlung» gelobt. Aber was folgt daraus? Die Absolventen der deutschen Journalistenschulen sind handwerklich in der Regel sehr gut ausgebildet, aber sie sind nicht für weltanschauliche Vielfalt bekannt.

Die Journalistenschulen erleben den gleichen Selbstselektionseffekt, den die ganze Branche erlebt. Über die Frage, wer heute noch Journalist werden möchte, haben wir ja schon gesprochen. Wenn ein konservativ oder klassisch liberal denkender Mensch in ein solches Umfeld kommt, wird er schnell merken, dass er Aussenseiterpositionen vertritt. Das macht die Arbeit nicht angenehmer und kann Opt-out-Effekte zur Folge haben, die dann zu einer noch stärkeren Homogenisierung führen. Es ist ein Dilemma. Auch diejenigen, die das Problem erkannt haben, können sich ihre Bewerber nicht backen. Sie können Konservative und Liberale ja nicht zwingen, Journalist zu werden. Sie müssen mit dem Personalangebot arbeiten, das da ist.

Das klingt so, als liesse sich die Schiefelage nicht korrigieren.

Vor dem Hintergrund der Studien, die ich kenne, würde ich sagen: Die Arbeitsbedingungen müssten besser werden. Wenn man im Journalismus mehr Geld verdienen könnte, dann würde das Berufsfeld auch attraktiver werden für Menschen mit einer bürgerlichen politischen Ausrichtung.

Das ist angesichts sinkender Auflagen und Werbeerlöse ...

... eine unrealistische Vorstellung, ich weiss.

Lassen Sie uns den Blick noch einmal auf die USA werfen. Die «New York Times» galt dort lange unangefochten als qualitatives Leitmedium. Doch inzwischen werfen immer mehr Kritiker dem Blatt eine aktivistische Agenda vor. Ben Smith, ein Kolumnist der Zeitung, warnte kürzlich davor, sich auf einer immer engeren linken Spur in eine amerikanische Version des britischen «Guardian» zu verwandeln. Schätzen Sie die Entwicklung ähnlich ein?

Mein Eindruck ist, dass die jüngeren, aktivistischen Journalisten bei der «New York Times» in den vergangenen Jahren Oberwasser bekommen haben. Es dürfte sehr schwierig, wenn nicht unmöglich werden, das wieder einzufangen. Aber mit dem Problem ist die Zeitung nicht allein. Ich lese oft, dass die Trump-Präsidentschaft zu einer Blüte des amerikanischen Journalismus geführt habe. Mein Eindruck ist das Gegenteil. Der amerikanische Journalismus ist in den vergangenen Jahren in weiten Teilen als politische Opposition aufgetreten. Das hat die Homogenisierungstendenzen im Berufsfeld nicht nur verstärkt, sondern regelrecht entfesselt. Klassische Sicherheitsmechanismen sind ausgeschaltet worden, etwa die Regel, beide Seiten anzuhören. Das Phänomen Trump wurde von vielen als etwas so Anstössiges wahrgenommen, dass jeder Versuch, die Regierung auch nur punktuell zu verteidigen, als verwerflich galt.

Sind die journalistischen Aktivisten auch in Europa auf dem Vormarsch?

Ich kenne dazu noch keine Studie, aber ich würde vermuten, dass sich hier ein ähnlicher Generationenkonflikt anbahnt. Die angelsächsischen Länder sind uns in dieser Hinsicht ein paar Jahre voraus, weil sich die zugrunde liegenden postmodernen Denkschulen, etwa «Critical Social Justice», dort schon früher an den Hochschulen etablieren konnten. Inzwischen sind sie aber auch hier angekommen und dienen den Absolventen als ideologisches Rüstzeug. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Kämpfe, die jetzt um die «New York Times» geführt werden, auch die deutschen Medien erreichen.



Christian Hoffmann  
Professor für Kommunikationsmanagement

stellungen von Journalisten eine Nebensächlichkeitsrolle spielen und in den Produkten nicht sichtbar würden.

Was sagen Sie?

Die Datenlage ist, wie gesagt, nicht ganz so eindeutig. Aber es gibt meines Erachtens doch genug Evidenz, dass man auch hier von einem linken Bias sprechen kann.

Eine von Ihnen zitierte Inhaltsanalyse aus den USA kommt zu einem, wie Sie schreiben, markanten Ergebnis: Fast alle amerikanischen Massenmedien stünden gemessen an ihrer Berichterstattung links der Mitte, von CNN über die «New York Times» bis zu NPR. Kennen Sie eine vergleichbare Studie für den deutschsprachigen Raum?

In der Form nicht. Man muss dazu sagen, dass die Analyse von einem Think-Tank stammt, Ad Fontes Media. Das ist keine wissenschaftliche Arbeit.

Trotzdem zitieren Sie daraus.

Weil das keine konservative Kampforganisation, sondern ein unabhängiger Think-Tank ist. Die Arbeit wirkt seriös, die Methodik wurde offengelegt, und es gibt wissenschaftliche Studien, die zu ähnlichen Ergebnissen kommen.

Ein Bericht, der im vergangenen Jahr in Deutschland für Aufregung gesorgt hat,

«Man kann Konservative und Liberale ja nicht zwingen, Journalist zu werden. Man muss mit dem Personalangebot arbeiten, das da ist.»

## Lehrtätigkeit in Stuttgart und Zürich

flx. · Christian Hoffmann, 42, ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig. Der gebürtige Stuttgarter hat Betriebswirtschaftslehre und Politikwissenschaft studiert und lehrt heute unter anderem an der Universität St. Gallen sowie der Hochschule für Wirtschaft Zürich. Schweizerdeutsch spricht er zu seinem Bedauern «bestenfalls gebrochen».